

CONV 218/02

WG VI 9

VERMERK

des	Sekretariats
für	die Gruppe VI "Ordnungspolitik"
<u>Betr.:</u>	Ergebnisse der Sitzung vom 17. Juli 2002

Beratungsergebnisse

1. Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden

Der Vorsitzende verlas die Tagesordnung und verwies auf den nach der letzten Sitzung verteilten Entwurf von Elementen für Schlussfolgerungen. Dieser Entwurf solle von der Gruppe geprüft werden, sobald die Erörterungen über alle Bestandteile des Mandats abgeschlossen seien.

2. Erörterung von Themenbereich 11 des Mandats der Gruppe (CONV 76/02)

Den Wortmeldungen der Gruppenmitglieder zufolge sollte die derzeitige Verteilung der Zuständigkeiten auf die verschiedenen Institutionen im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik nicht geändert werden. In Bezug auf die Rechenschaftspflicht hielten einige Mitglieder die derzeitige Regelung für ausreichend und wünschten deshalb keinerlei Änderungen, wobei sie betonten, dass die unveränderte Beibehaltung der Regeln das Vertrauen in den Euro stärken werde.

Andere machten spezifische Vorschläge, um das ihrer Ansicht nach bestehende Defizit bei der Rechenschaftspflicht sowohl in Bezug auf die Koordinierung der Wirtschaftspolitik als auch in Bezug auf die Währungspolitik zu beheben. Was die Wirtschaftspolitik anbelangt, so wurde u.a. vorgeschlagen, die demokratische Legitimierung zu verbessern, indem dem EP eine wichtigere Rolle bei der Erstellung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik und im Prozess der offenen Koordinierung zugewiesen wird. Bezüglich der Währungspolitik, war sich die Gruppe zwar einig, dass keine Maßnahmen ergriffen werden sollten, die die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank beeinträchtigen könnten, einige Mitglieder schlugen allerdings vor, die Rechenschaftspflicht der EZB durch eine erweiterte Berichtspflicht der EZB gegenüber dem EP und/oder durch größeren Einfluss des EP auf die Ernennung der Mitglieder des Direktoriums der EZB und/oder durch die obligatorische Veröffentlichung der EZB-Protokolle zu verbessern.

Der Vorsitzende stellte zusammenfassend fest, dass keine grundlegende Änderung der derzeitigen Verteilung der Zuständigkeiten auf die verschiedenen Institutionen im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik gefordert wird. Er stellte ferner fest, dass die Mehrheit der Mitglieder in Bezug auf die Grundzüge der Wirtschaftspolitik einige Verbesserungen der demokratischen Legitimität in der Form verlangt, dass dem EP eine wichtigere Rolle bei deren Erstellung und im Prozess der offenen Koordinierung zugewiesen wird. Betreffend die Europäische Zentralbank stellte er fest, dass nach übereinstimmender Ansicht der Gruppe, keine Maßnahmen getroffen werden sollten, die die Unabhängigkeit der EZB beeinträchtigen könnten, dass aber kein Konsens darüber erzielt werden konnte, die nach Ansicht einiger Mitglieder mangelnde demokratische Legitimität in der Funktionsweise der EZB zu verbessern.

3. Erörterung von Themenbereich 12 des Mandats der Gruppe

Betreffend den künftigen Status der Euro-Gruppe schlugen einige Mitglieder vor, diese Gruppe zu formalisieren, um ihr volle Entscheidungsbefugnisse zu verleihen und die Transparenz ihrer Arbeit zu verbessern. Andere Mitglieder hielten es für wichtig, den informellen Charakter der Euro-Gruppe beizubehalten, und sahen es als unproblematisch an, auf der Grundlage der bestehenden Regelungen weiterzuarbeiten, wonach im Vertrag bereits vorgesehen ist, dass einige Beschlüsse vom Rat "Wirtschaft und Finanzen" getroffen werden, jedoch nur von den teilnehmenden Ländern. Einige Mitglieder schlugen vor, diese Frage im

Lichte der Erweiterung im Auge behalten. Der Vorsitzende stellte fest, dass die Mehrheit der Mitglieder die Ansicht vertritt, dass die Euro-Gruppe nicht formalisiert, diese Frage aber im Lichte der Erweiterung im Auge behalten werden sollte.

4. Erörterung von Themenbereich 13 des Mandats der Gruppe

Was die Frage der Außenvertretung des Euro-Raums anbelangt, so waren einige Mitglieder der Ansicht, dass die derzeitige Situation nicht verändert werden sollte. Andere hielten die derzeitigen Regelungen für unbefriedigend und schlugen vor, der Kommission die Aufgabe der Außenvertretung zu übertragen oder die derzeitige Rolle des Vorsitzenden der Euro-Gruppe und des Präsidenten der EZB zu erweitern. Der Vorsitzende stellte zusammenfassend fest, dass nach Ansicht der Gruppe Anstrengungen unternommen werden sollten, um die Wirksamkeit der Außenvertretung der Euro-Zone zu verbessern, dass jedoch ein Teil der Mitglieder auf der Grundlage der bestehenden Regelungen weiterzuarbeiten wünscht, während andere diese Aufgabe gerne der Kommission übertragen würden.

5. Sachstand betreffend vorgeschlagene Anhörungen

Die Gruppe kam überein, die Sitzungen am 29. August und am 13. September 2002 teilweise Anhörungen zu widmen. Der Vorsitzende wird folgende Sachverständige einladen: Herr Pedro SOLBES MIRA, Herr Wim DUISENBERG, Herr Jacques DELORS, Herr Johnny ÅKERHOLM, Frau Anna DIAMANTOPOLOU und Frau Maria João RODRIGUES.

6. Erste Erörterung von allgemeinen Schlussfolgerungen der Gruppe

Die Mitglieder begannen mit der Prüfung der Elemente für mögliche Schlussfolgerungen, die auf der Grundlage der Beratungen der Gruppe vom 20. und 24. Juni 2002 entworfen worden waren.

7. Tagesordnung für die nächste Sitzung

Der Vorsitzende verteilte eine Aufstellung der im Zusammenhang mit den Elementen für Schlussfolgerungen relevanten Vertragspassagen und ersuchte die Mitglieder, anhand dieses Dokuments festzustellen, ob und in welcher Weise gewisse Schlussfolgerungen der Gruppe sich in Änderungen des Vertrags und/oder Formulierungen in einem Grundlagenvertrag niederschlagen sollten. Der Vorsitzende schlug vor, dass die Gruppe in der Sitzung am 29. August die letzten Elemente für Schlussfolgerungen zu den bereits erörterten Fragen erneut prüfen und einige Sachverständige hören sollte.
